

frontiert wird und sich vor die Wahl gestellt sieht, ob man es als Verhängnis oder als Geschenk deuten soll. „Es ist doch alles *umsonst*“, sagt der Nihilist und verzweifelt. „Es ist wirklich alles *umsonst*“, sagt der Glaubende und freut sich der Gnade, die es *umsonst* gibt, und hofft auf eine neue Welt, in der alles *umsonst* zu geben und zu haben ist“ (Jürgen Moltmann).

## Und Weihnachten?

Weil Weihnachten wie kein anderes Fest in unserem Kulturkreis noch Lebenswirklichkeit ist, weil Weihnachten feiern quer durch Alters- und Gesellschaftsschichten als Selbstverständlichkeit (oder Zwang) akzeptiert wird, darum ist es geradezu ein *Testfall* für unsere Fähigkeit – und unsere Unfähigkeit – zu feiern. Daß auch das Fest uns noch zur Arbeit gerät und das Feiern zum „Stressor“ wird, wann würde es deutlicher als im – oft und heftig kritisierten – Weihnachtsrummel? Auf der anderen Seite kann die Vorbereitung auf ein Fest wie dieses gerade zeigen, daß es ein Tätigsein gibt, das so eng mit Freude und Feier verknüpft ist, daß der Teufelskreis der Geschäftigkeit

durchbrochen ist: es ist eine häufig gemachte Erfahrung der Weihnachtsvorbereitung, daß der „Vorgeschmack“ des Festes die Arbeit schon zur Freude werden läßt.

Mit Recht hat man sich darüber erregt, daß im weihnachtlichen Geschenkeaustausch die Ideale der Konsumgesellschaft Triumphe feiern. Daß es weithin so ist, läßt sich leider nicht von der Hand weisen. Bietet sich aber in diesen Tagen nicht doch wenigstens die Gelegenheit – ob sie wahrgenommen wird, ist eine andere Frage – zu erfahren, daß das Geschenkte mehr Freude macht als das Erarbeitete und Gekaufte und daß geben „seliger“ ist als nehmen?

Vor allem aber erinnert Weihnachten daran, daß ein Fest soviel wert ist, wie sein Anlaß wert ist: der Friede auf Erden, der Anfang unseres Heils im Stall – auch der, dem das Weihnachtsgeschehnis nicht mehr ohne weiteres vom Glauben her vertraut ist, kann hier noch eine Ahnung davon bekommen, daß Feiern mit der Mitte und dem Geheimnis unseres Daseins zu tun hat. Und der Christ weiß, daß in der Botschaft von Weihnachten sich dieses Geheimnis als Liebe offenbart. Wenn wir das wirklich glauben würden, wäre unser Leben – mit Roger Schutz zu reden – ein „Fest ohne Ende“. *Hans Georg Koch*

## Vorgänge

### Das ZdK unter veränderter Führung

Im Mittelpunkt der diesjährigen Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (am 5./6. November in Bad Godesberg) standen drei Tagesordnungspunkte: die Wahl des Präsidiums, der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und der 12 vom ZdK zu entsendenden Mitglieder der von der Gemeinsamen Synode beschlossenen und in diesen Wochen konstituierten Gemeinsamen Konferenz zwischen Zentralkomitee und Bischofskonferenz; die aktuelle Diskussion über die sog. Grundwerte in Staat und Gesellschaft; die Vorbereitung und Programmgestaltung des 85. Deutschen Katholikentages 1978 in Freiburg. Da die Wahlen – für den Geschäftsführenden Ausschuß und für die Gemeinsame Konferenz waren jeweils fünf resp. vier Wahlgänge notwendig – sich

über Gebühr hinzogen, blieb für weitere Themen kaum Zeit. Eine von der Kommission Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, *Josef Stingl*, erarbeitete Stellungnahme zur „*Bewältigung der Ausbildungs- und Beschäftigungsprobleme der jungen Generation*“ konnte nur noch andiskutiert werden.

Ein *Bericht der Arbeitsgruppe Katholische Soziallehre* wurde sogar un-diskutiert an den Geschäftsführenden Ausschuß weitergeleitet – vermutlich nicht allein aus Zeitgründen; denn die „*Konkretisierung des Auftrags*“ dieser Gruppe – sie besteht seit Herbst 1974 – scheint, was kaum verwundert und eigentlich auch nicht als tragisch empfunden werden dürfte, noch in den Anfängen zu stecken. Außer einer Aufforderung an die zuständigen Gre-

mien, Katholische Soziallehre innerhalb der Theologen-Ausbildung als „*eigenständiges Lehr- und Prüfungsfach*“ zu sichern, hat diese Arbeitsgruppe bisher kaum von sich reden gemacht. Die „*theoretische Grundlegung*“ des gesamten Bereichs erweist sich offenbar als ebenso schwierig wie die Suche nach einer gemeinsamen methodischen und inhaltlichen Basis.

### Der neue Präsident

Das Wichtigste an dieser Herbstvollversammlung waren zweifellos die *Wahlen*. Diese wurden verspätet durchgeführt. Sie wären bereits im Frühjahr fällig gewesen; doch da damals ziemlich unklar war, wer unter welchen politischen Umständen für welche Positionen kandidieren könnte bzw. wollte, nutzte man den vom Statut eröffneten zusätzlichen Spielraum von einem halben Jahr und verschob

sie auf die Zeit nach der Bundestagswahl. Überraschungen wurden nicht erwartet und sind auch nicht eingetreten. Die letzte Klärung scheint es aber erst Tage vor der Vollversammlung gegeben zu haben. Auf der ausgegebenen Kandidatenliste standen noch zwei Persönlichkeiten für das Amt des Präsidenten: der ehemalige Generalsekretär des ZdK und heutige Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, *Heinrich Köppler*, und der bayerische Kultusminister Prof. *Hans Maier*. Zur Wahl stand aber nur noch Hans Maier. Köppler hatte unter Hinweis auf seine Absicht, Ministerpräsidentenkandidat in Düsseldorf bleiben zu wollen, auf die Kandidatur verzichtet. Ein dritter möglicher Kandidat, der intern längere Zeit im Gespräch war, der ehemalige Vizepräsident der Gemeinsamen Synode und bekannte Hamburger Rechtsanwalt *Bernhard Servatius*, hatte sich zur Kandidatur erst gar nicht bewegen lassen. Hans Maier wurde mit 123 von 132 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen gewählt. Sein Vorgänger, der neue Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, *Bernhard Vogel*, seit dem Essener Katholikentag – er war dort Katholikentagspräsident und hat damals dem wohl schwierigsten Katholikentag der Nachkriegszeit mit Jugendlichkeit, Elan und verbindlichem Charme souverän über manche Klippe geholfen – im Zentralkomitee aktiv und seit 1972 dessen Präsident, bleibt auch als neugewählter Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, und er wurde auch in die Gemeinsame Konferenz von ZdK und Bischofskonferenz gewählt.

Der Übergang von Vogel auf Maier vollzog sich wohl nicht nur deswegen problemlos, weil der Nachfolger bereits bisher im Zentralkomitee aktiv war und der Vorgänger dort aktiv bleibt und es sozusagen ein Übergang von einem Kultusminister zu einem anderen Kultusminister ist, ohne daß sich das ZdK bisher herausragend oder einseitig bildungspolitisch profiliert hätte. Beide bringen mit politischem und kirchlichem Sachverstand persönliche Ausstrahlung in das Zentralkomitee mit ein, die wesentlich über

den katholischen Bereich hinausreicht. Intellektuell, kirchlich und politisch ist das Profil des Nachfolgers vermutlich noch um einiges ausgeprägter als das des Vorgängers. Maier zählt als Wissenschaftler und als bayerischer Staatsminister zu den intellektuellsten Köpfen im politischen Deutschland mit breitgefächertem Können, Wissen und Interesse. War Vogels Stärke Führung durch vermittelnde Verbindlichkeit, so ist Maiers Profil auch kirchlich bisher eher durch wegweisende Argumentation mit erkennbarer Richtungsprägung bestimmt als Mitherausgeber und Mitinitiator der Internationalen Katholischen Zeitschrift „*Communio*“, als entschiedener Kontrahent der Politischen Theologie seit Ende der sechziger Jahre, als intimer Kenner des deutschen Katholizismus und seiner Geschichte mit pointiert offensiven Urteilmustern in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist. Maier legt entschieden Wert auf klare Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Amtes und der gesellschaftlichen Verantwortung der Laien. Er hat diesen seinen Standpunkt auch anlässlich der Amtsübernahme deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist anzunehmen, daß allzu detailliertes politisches Sprechen von Hierarchen seinen entschiedenen Widerstand findet. Maier hat in Bad Godesberg nicht nur versichert, er habe den Bischöfen vor dem Konzil nicht den Ring geküßt und wolle ihnen jetzt nicht ins Bein beißen, sondern auch gesagt, er finde es ganz gut, daß jetzt der Vorsitzende der Bischofskonferenz in Köln und der Präsident des Zentralkomitees in München zu Hause sei. Damit seien sehr gut Gemeinsamkeit und Distanz zwischen Amt und Laienverantwortung symbolisiert: Eine interessante „Paarung“ Köln – München in der Tat, wenn man von einer solchen sprechen will. *Politisch* dürfte Maier für den Episkopat kein bequemer Mann sein. Andererseits verbindet den Kardinal in Köln und den Kultusminister in München, wenn man so will, ein gemeinsames „Problem“: Sie pflegen beide, wenn auch mit unterschiedlicher intellektueller Nuancierung theologisch-kirchlich Klartext zu reden, obwohl die theologische Dimension nicht die be-

sondere Stärke ihres Denkens ist. Dies wiederum dürfte interessant werden für den deutschen Katholizismus. Mit Maier hat sich das ZdK die geistig weitum *profilierteste Persönlichkeit im deutschen Katholizismus* an die Spitze geholt. Dennoch bleibt für den Außenstehenden ein *Unbehagen wegen der permanent parteipolitischen Verkettung und Verdrehung des Zentralkomitees*. In seinem Monitor-Interview vom 2. November hatte Bernhard Vogel erklärt, er halte die Position eines Präsidenten des ZdK für durchaus vereinbar mit dem Amt eines Landesministers, nicht aber mit dem Amt eines Ministerpräsidenten oder Bundesministers. Hält man sich an dieses Dreieck, wer hätte dann zur Verfügung gestanden, wenn die Unionsparteien am 3. Oktober die absolute Mehrheit erreicht hätten? Köppler wäre vermutlich auch dann Ministerpräsidenten-Anwärter in NRW geblieben, Vogel wäre auch dann Ministerpräsident in Mainz und Maier Bundesminister in Bonn geworden. Schon dieser Engpaß drängt die Frage auf, ob, langfristig gesehen, es nicht richtiger wäre, bei der Besetzung von Spitzenämtern sich etwas weniger auf bekannte Politiker resp. Parteipolitiker zu konzentrieren. Dies auch deswegen, weil die Unionsparteien ohnehin im ZdK übermäßig stark vertreten sind, während es wiederum keinem Sozialdemokraten gelungen ist, in den Geschäftsführenden Ausschuß gewählt zu werden. *Hermann Schmidt-Vockenhausen* kandidierte, kam aber nicht über 40 Stimmen.

Gegen solche Vorbehalte wird eingewandt, es gebe außerhalb des parteipolitischen Feldes kaum Persönlichkeiten mit vergleichbarer Öffentlichkeitswirkung. Dies mag zutreffen. Aber man könnte auch andersherum fragen, ob es solchen Gremien wie dem ZdK im Schatten öffentlichkeitswirksamer Politiker nicht zu leicht gemacht wird. Ob sich das ZdK als Personenspektrum nicht überhaupt entschieden erweitern sollte? Unter den Mitgliedern fehlt neben den Medizinern die gesamte technische Intelligenz. Es fehlen fast völlig die nicht voll konformen Positionen. Im Geschäftsführen-

den Ausschuß finden sich mit wenigen Ausnahmen die längst bekannten Namen. Nicht einmal Sozialausschüßler *Norbert Blüm* wurde gewählt. Im Präsidium verhält es sich, von Maier abgesehen, kaum anders. Eine starke Besetzung vor allem durch Einzelpersonlichkeiten ist lediglich in der Gemeinsamen Konferenz gelungen. Außer den Präsidiumsmitgliedern *Hans Maier*, *Barbara Krause* (BdKJ), *Walter Bayerlein* (München), *Heinrich Köppler*, *Alfons Müller* (KAB), Prälat *Georg Hüßler* (DCV), Kultusministerin *Hanna-Renate Laurien*, Prof. *Karl Lehmann*, *Ludwig Lillig* (München), *Bernhard Servatius*, *Josef Stingl* und *Bernhard Vogel*. In allen Gremien herrscht über Gebühr das süddeutsche und rheinische Element vor. Die nördlichen Regionen scheint man – von Hamburg abgesehen – schlicht vergessen zu haben.

## Zwischenbilanz zur Grundwertediskussion

Der neue Präsident nannte nach seiner Wahl drei programmatische Schwerpunkte der Arbeit des ZdK für die nächste Zeit: die Zukunft der jungen Generation, die Fortsetzung der Grundwertediskussion, die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im kirchlichen Bereich, „damit die Kirche international hörbar bleibt“. Diese drei Problemkreise, die sich bereits auf der Frühjahrsvollversammlung abzeichneten, waren auch Gegenstand der Aussprache im Plenum. Die *Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation* kam bei der Diskussion über das eingangs erwähnte Papier zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation der jungen Generation und unter religiösen Perspektiven im Vorblick von Rektor *Hanspeter Heinz* auf den Katholikentag 1978 zur Sprache, das Bemühen um Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit und der *internationalen Präsenz der Kirche* wurde ebenfalls im Vorblick auf den Katholikentag angesprochen, war aber neben der Grundwerte-Frage auch eine Art Leitidee der ganzen Tagung. Dabei fiel das Selbstbewußtsein auf, das man nach Jahren

faktischer Isoliertheit des deutschen Katholizismus gegenüber den Nachbarländern an den Tag legte. Beispielsweise hieß es, wenn die Kirche in Frankreich solche Gemeinschaftsorgane hätte wie beispielsweise das Zentralkomitee, dann wäre dort die Polarisierung nicht so weit gediehen und hätte eine Bewegung wie die des Erzbischofs Lefebvre nicht die Resonanz, die er in letzter Zeit tatsächlich hatte. Daran ist sicher einiges wahr. Aber die Art und Weise, wie sich Bevölkerungen oder Gruppen in der Bevölkerung organisieren oder nicht organisieren, ist jeweils Ausdruck der psychologischen Verfassung der Völker und kann nicht von einem Land auf das andere übertragen werden.

Ein festeres Profil zeigten die *Aussagen über die Grundwerte*. Der gedankliche Ertrag lag freilich weniger in der Diskussion, die nicht frei war von falschem Pathos und einseitigen Schuldzuteilungen (an die sozialliberale Koalition, an die „Neue Linke“ von einst oder gar an „Marcuse“ und „Bloch“), als in einem sehr ausdifferenzierten Referat von Prof. *Karl Lehmann*. Lehmann, dessen Referat als „Versuch einer Zwischenbilanz“ angekündigt war, zeigte ziemlich unmißverständlich die Unschärfen, Einseitigkeiten und Lücken der bisherigen Diskussion auf und zog programmatische Linien für ihre Weiterführung aus. Er ließ es auch nicht an kritischen Akzenten an die eigene kirchliche Adresse fehlen.

Bezüglich der *Ursachen* für die erkennbaren und zweifellos besorgniserregenden Verschiebungen im Wert- und Normbewußtsein in der Gegenwartsgesellschaft mahnte er, diese nicht erst in der politischen Entwicklung der letzten Jahre zu suchen und auch den Grundwertekonsens des Grundgesetzes insofern nicht zu überschätzen, als dieser weniger übereinstimmende Überzeugungen der Väter des Grundgesetzes und der politisch Handelnden entsprang als der einigen Erfahrung mit der nationalsozialistischen Diktatur. Lehmann machte – unter häufiger Bezugnahme auf die Hamburger Grundwerte-Rede des Bundeskanzlers (vgl. HK, Juli 1976,

356ff.) – Übereinstimmungen und Dissonanzen in der bisherigen Diskussion deutlich. *Übereinstimmung* bestehe in der Erkenntnis, daß menschliches Zusammenleben auf Übereinstimmungen in Werten, Normen und Haltungen angewiesen ist und daß der Staat „von ihm vorgegebenen Werten und Grundhaltungen lebt“. *Differenzen* gebe es bei der Interpretation der weltanschaulichen Neutralität des Staates, in der Frage des Verhältnisses von Grundwerten und Grundrechten und folglich über die „Zuständigkeiten“ in Sachen Grundwerte.

Ausdrücklich warnte Lehmann die Kirche davor, anderen Gruppen als Alibi zu dienen, indem sie sich in eine Art Alleinverantwortlichkeit für das Humanum drängen lasse. An die Kirche gewandt, forderte er dazu auf, sich in der Grundwerte-Auseinandersetzung nicht an „Modelle der Abwehr zu halten“, sondern, ohne sich in partielle Aufgabenfelder abdrängen zu lassen, die Grundwerteproblematik zur eigenen Sache zu machen und ihr das eigene „geistig-ethische Potential (zurück-)zuverleihen“, ohne integralistischen Versuchungen zu unterliegen oder restaurativ zu werden. Dabei sollte man sich auch der dahinterstehenden, im politischen und kirchlichen Sprachgebrauch vielfach noch verdeckten philosophischen Problematik der Wertefrage nicht entziehen. Ausdrücklich warnte er vor mangelnder Unterscheidung zwischen dem Sinnanspruch des Glaubens und universalisierbaren Grundsätzen der menschlichen Vernunft. Eine überspitzte Theologisierung der Vernunft müsse im Interesse des Menschen und der Offenbarung abgebaut werden.

Wie schon Hans Maier in seiner ersten Stellungnahme nach der Wahl zum Präsidenten plädierte auch Lehmann dafür, die Auseinandersetzung um die Grundwerte mit den evangelischen Christen gemeinsam zu führen bzw. diese in das ökumenische Gespräch miteinzubeziehen. Das ergibt vielleicht keine neue, aber eine wesentliche und notwendige, wenn auch vermutlich schwierige ökumenische Dimension.

## Vorblick auf den Katholikentag

In ersten Umrissen wurde in Godesberg auch die wahrscheinliche *Thematik des Katholikentages 1978* in Freiburg sichtbar. Beschlüsse dazu wurden noch nicht gefaßt. Die unter dem Motto „Mut zur Zukunft – Gott schenkt Zukunft“ aufgezeigte Themenstellung entsprach im wesentlichen den von Hans Maier genannten Schwerpunkten der Arbeit des Zentralkomitees in der nächsten Zeit: gesellschaftliche Grundsatzfragen, junge Generation, internationaler Bereich mit Schwerpunkt Europa. Letzterer ist auch besonderes Anliegen der Freiburger Diözese. Der Katholikentag 1978 könnte also im Jahr der Europawahlen einen ersten breiter angelegten Test europäischer Artikulationsfähigkeit des deutschen Katholizismus bringen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man im *deutlich artikulierten Willen zur offensiven Auseinandersetzung mit den Grundkräften und Strömungen in*

*der Gesellschaft* das besondere Merkmal der Godesberger Versammlung sieht. Kardinal Höffner gab in seinem Grußwort die Parole aus: „Nicht stumm bleiben!“ Der scheidende Präsident konstatierte, die Katholiken seien – er spielte dabei auch auf die Bundestagswahlen an – „politischer geworden“. Der neue Präsident versprach, „die Meinung deutscher Katholiken gegenüber der Öffentlichkeit und dem kirchlichen Amt entschieden zu vertreten“. Daß sich Entschiedenheit auch mit einiger, von der Sache her notwendigen Differenzierung verbinden läßt, zeigte neben mehrfach klärenden „Zwischenrufen“ von Hans Maier das Referat von Lehmann. Zur Selbstüberschätzung des ZdK – man sprach etwas zu häufig von sich selbst als *dem Sprachrohr der deutschen Katholiken* – besteht allerdings kein Anlaß. Man wird sich hoffentlich über die Reichweite der eigenen Stimme und auch über die Grenzen des Argumentationswillens in der Gesamtheit kirchlicher Gremien keinen Illusionen hingeben.

D. S.

siastisch, so kann man ihnen jetzt nach der Konferenz nur Enttäuschung, ja teilweise Verärgerung oder kleinlautes Bedauern über eine vermeintliche Kursänderung bescheinigen.

Plötzlich bemühen sich die Bischöfe, die Bedeutung des Treffens herunterzuspielen, nach „Schuldigen“ für die teilweise als radikal eingestuften Resolutionen zu suchen und gleichzeitig auf die weitgehende Bedeutungslosigkeit solcher Positionen hinzuweisen, da der Konferenz ja nur beratende und empfehlende, aber nicht beschließende Funktionen eingeräumt waren. In einem weiteren Prozeß der Sichtung und Klärung sollen im Mai 1977 bei der übernächsten Vollversammlung der amerikanischen Bischöfe konkrete Beschlüsse zur Realisierung der „vertretbaren“ Resolutionen gefaßt werden. Bis dahin ist noch mit einer heftigen Auseinandersetzung über die Ergebnisse von Detroit zu rechnen.

## Ein langer Vorbereitungsprozeß

Die Bischofskonferenz hatte zur Vorbereitung ein eigenes Komitee eingesetzt und diese mit enormem finanziellem und personellem Aufwand durchgeführt. Von Anfang an sollte möglichst die gesamte katholische Gemeinschaft in den Prozeß miteinbezogen werden. Anhand eines Leitfadens für die Diskussion der Thematik „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“ sollten die einzelnen Pfarreien die Gläubigen zu Aussprachen und Vorschlägen dazu einladen, was ihrer Meinung nach zukünftig zur Verwirklichung dieses Zieles in Gesellschaft und Kirche notwendig sei. Das Gesamtthema war in sieben Unterthemen unterteilt: Nation, Kirche, Menschengeschlecht, ethnische Zugehörigkeit und Rasse, Nachbarschaft, Arbeit, Familie, Personsein. Das *Echo aus den Gemeinden* war unerwartet groß, wenn auch nur die Hälfte aller Diözesen an diesem Teil des Programms mitwirkte. Bei den verschiedenen Regionalhearings und dem Schlußtreffen dagegen standen nur wenige Diözesen abseits. Von den Gemeindemitgliedern gingen ins-

## Katholischer US-Kongreß über Freiheit und Gerechtigkeit

Nach fast zweijähriger intensiver Vorbereitung ging vom 21. bis 23. Oktober in Detroit ein Ereignis über die Bühne, das für die Katholiken der Vereinigten Staaten von Amerika eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatte und noch nicht voraussehbare Folgen zeitigen dürfte. Das als „*A Call to Action*“ bezeichnete Mammuttreffen galt offiziell als Abschluß des umfangreichen Beitrages der Katholiken zur 200-Jahr-Feier der USA (vgl. HK, Juni 1975, 300ff.) und hatte die Aufgabe, eine Art Fünfjahresplan für kirchliche Aktivitäten im Rahmen des Leitthemas „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“ auszuarbeiten.

### Mehr Aktion als erwünscht

Von Anfang an war man sich darüber im klaren, daß es sich um ein Experiment ohne Vorbild, um eine *bisher*

*einmalige Aktion zur Mobilisierung und Sensibilisierung der Katholiken eines ganzen Landes* handelte. Die Besonderheit des Anlasses und der Vorbereitung lassen deshalb auch keine Vergleiche mit ähnlichen Veranstaltungen zu. Daraus erklärt sich wohl auch die Unsicherheit sowohl in der Bezeichnung und Einordnung der Konferenz als auch in der Berichterstattung über ihre wichtigsten Ergebnisse. Der verantwortliche Träger des gesamten Unternehmens, die *US-Bischofskonferenz*, trug nicht unwesentlich zu dieser Unsicherheit bei, weil einzelne ihrer Repräsentanten unverhohlen ihren Unmut über die wenigen „sensationellen“ Resolutionen zum Ausdruck brachten und damit das Interesse an ihnen noch verstärkten. Bedauerlich ist besonders, daß dadurch das gesamte Programm abgewertet wurde. Gebärdeten sich die Verantwortlichen vorher geradezu enthu-